



Noam Chomskys Rede auf der internationalen Konferenz “Two Minutes to Midnight” vom 12. Mai 2018

Das ursprüngliche Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den Inhalt nicht wortgenau wieder.

Dan Ellsberg bezeichnet sein bemerkenswertes, sehr wichtiges neues Buch als eine „Chronik des menschlichen Wahnsinns.“ Was er dort beschreibt, rechtfertigt diese Charakterisierung und wirft die Frage auf, ob der *Homo sapiens* nicht ein Irrtum der Evolution ist.

Ein objektiver Beobachter im Besitz der relevanten Fakten könnte schließen, dass unsere Spezies seit dem Zweiten Weltkrieg alles zur Etablierung der These getan hat, dass der Mensch schlicht eine Fehlentwicklung ist. Das hätte eigentlich jeder, der wachen Verstandes war, schon am 6. August 1945 vermuten müssen, einem Tag, an den ich mich nur zu gut erinnere – und zwar sowohl an die schreckliche Nachricht als auch an ihre gleichmütige Aufnahme. Ich musste wieder daran denken, als ich vor kurzem William Perrys Bemerkung las, er sei in doppelter Hinsicht entsetzt: sowohl über die enormen Gefahren als auch über die fehlende Aufregung über die uns drohende endgültige Vernichtung.

Die furchtbaren Ereignisse des 6. August lehrten uns, dass die menschliche Intelligenz in ihrer Glorie Werkzeuge der Zerstörung geschaffen hatte, deren Entwicklung uns mit Sicherheit bald an den Rand des kollektiven Selbstmords führen würde, und genau das passierte dann auch. Wer die Geschichte seitdem kennt, weiß, dass es einem Wunder gleichkommt, dass wir bis jetzt überlebt haben, und dass solche Wunder nicht ewig dauern können. Es ist nur zu leicht, Krisenherde auf der ganzen Welt aufzulisten, die, heute oder morgen, zur endgültigen Katastrophe führen könnten. Bei Einführung der Weltuntergangsuhr 1947 wurde der Minutenzeiger auf 7 Minuten vor Mitternacht gestellt. Rückblickend gesehen erscheint das als geradezu friedvolle Zeit.

1945 hatten wir noch keine Ahnung, dass der Beginn des Atomzeitalters mit dem Anbruch einer neuen geologischen Epoche, nämlich der des Anthropozäns zusammenfiel, in der die Menschen sich nicht nur der Vernichtung jedes organisierten *menschlichen* Lebens, sondern

auch der Auslöschung *vieler anderer Arten* widmen, indem sie den mit dem Anthropozän einhergehenden tödlichen Prozess des Sechsten Massenaussterbens vorantreiben.

Es gibt immer noch Debatten über den genauen Beginn des Anthropozäns, aber letztes Jahr hat die Internationale Union für Geowissenschaften (IUGS) ihn wegen der scharfen Beschleunigung der Umweltzerstörung, zu der es seit Anfang der Nachkriegszeit gekommen ist, auf diesen Zeitpunkt angesetzt. Als die Weltuntergangsuhr im Januar 2018 auf zwei Minuten vor Mitternacht vorgestellt wurde, begann der Kommentar dazu mit der Warnung vor dem Versäumnis, „effektiv auf die kommenden Gefahren eines Atomkriegs und des Klimawandels zu reagieren, die die Welt noch unsicherer machen als vor einem Jahr – und so unsicher wie nur je seit dem Zweiten Weltkrieg.“

Heute und hier in New York geht es uns vor allem um die größte Gefahr, den Atomkrieg. Aber wir sollten doch auch die erstaunliche Tatsache erwähnen, dass der mächtigste Staat der Geschichte, der Vorteile genießt wie kein anderer zuvor, sich nicht nur weigert, sich dem Rest der Welt anzuschließen und zumindest ein bisschen zur Abwendung der dringlichen und verheerenden Gefahr der Klimaerwärmung zu tun. Stattdessen verwendet er seine ganze Energie darauf, die Gefahr einer Vernichtung weiter zu erhöhen – zu dem erhabenen Zweck, einige bereits prall gefüllte Taschen noch mehr zu füllen, bevor wir uns von jeder Hoffnung auf Überleben verabschieden.

Und man sollte auch auf die nicht weniger erstaunliche Tatsache verweisen, dass dieses verblüffende Schauspiel, für das es wohl kaum historische Präzedenzfälle gibt, und die Lehren, die sich daraus über unsere Gesellschaft und Kultur ziehen lassen, so wenig Aufmerksamkeit erregen.

Bleiben wir jedoch bei der Gefahr eines Atomkriegs. Hier wird kaum jemand die zwingende Notwendigkeit bestreiten, die Welt von der Geißel der Atomwaffen zu befreien, und andere werden heute sicher die vielfältigen Wege zu diesem Ziel diskutieren. Aber ich möchte auch ein paar Worte zu einem anderen, aber eng verbundenen Thema sagen, dem meines Erachtens nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Wir könnten das Thema, an das ich hier denke, angehen, indem wir eine einfache Frage stellen: Was würde geschehen, wenn die führenden Politiker beschließen würden, sich an das oberste Gesetz des Landes zu halten? An unsere eigenen Gesetze. Und insbesondere, sich an die UN-Charta zu halten: Das ist ein von den USA abgeschlossener Vertrag, und in den Worten von Artikel 6 der Verfassung damit Teil des obersten Gesetzes des Landes. Dieses oberste Gesetz des Landes verpflichtet uns dazu, im Fall internationaler Streitigkeiten zu friedlichen Mitteln zu greifen und schon auf die Androhung und erst recht die Anwendung von Gewalt in internationalen Angelegenheiten zu verzichten. Das ist eine in der Verfassung festgelegte Verpflichtung.

Sie können sich die Frage stellen, wann diese rechtliche Verpflichtung das letzte Mal vom Präsidenten und anderen hohen Amtsträgern eingehalten wurde. Sie kennen die Antwort und wir könnten darüber nachdenken, was das bedeutet.

Die Einhaltung des obersten Gesetzes des Landes hätte uns und der Welt in der Vergangenheit viele Tragödien erspart und auch einige Male, in denen wir haarscharf an einem Super-Gau vorbei schrammten. Hier denken wir sofort an ein wichtiges Ereignis, das nicht vergessen werden sollte und das uns vor dem bewahrte, was Arthur Schlesinger zurecht den „gefährlichsten Augenblick der Geschichte“ nannte – so seine Beschreibung der Kuba-Krise von 1962. Die beängstigende Geschichte dieser Krise sollte uns bekannt sein. Ich werde sie nicht beschreiben und möchte nur darauf hinweisen, dass Washingtons, Kennedys Terrorkrieg gegen Kuba, der natürlich eine gravierende Verletzung der US-Verfassung darstellte, ein wichtiger Faktor für die fahrlässige Entscheidung Chruschtschows war, Atomraketen in Kuba zu stationieren. Das ist heute in der Forschung anerkannt.

Dan Ellsberg, der die Ereignisse damals aus einer privilegierten Position innerhalb des Staatsapparates verfolgte, ist heute der Meinung, dass dieser Terrorkrieg gegen Kuba wahrscheinlich *der* Hauptfaktor für den Beschluss Chruschtschows war. Die Fakten sind nicht so bekannt, wie sie es verdienen würden, aber man sollte sich erinnern, dass Kennedys offizieller Plan, formuliert im Nationalen Sicherheitsmemorandum 181 vom September 1962, darin bestand, und ich zitiere, im folgenden Oktober „eine interne Revolte anzuzetteln, die von einer US-Militärintervention gefolgt würde.“ Das war einen Monat vor der Raketenkrise und tatsächlich wurde der Terror an diesem Punkt in Vorbereitung der Invasion intensiviert und nahm sehr ernste Ausmaße an. Die Dokumente zeigen das sehr deutlich und Kuba und Russland wussten mit Sicherheit mehr als genug darüber.

Kurz gesagt, hätte die Achtung vor der US-Verfassung diesen gefährlichsten Moment der Geschichte sehr wahrscheinlich abgewendet. Es ging hier wahrlich um keine Kleinigkeit. Diejenigen unter Ihnen, die mit dieser Geschichte vertraut sind, wissen, dass wir der Krise praktisch nur durch ein Wunder entkamen, und viel zu wenige Leute verstehen das.

Nun könnte man annehmen, dass man außer rechtlichen Fragen vielleicht auch noch andere Fragen zu einem mörderischen und destruktiven terroristischen Krieg stellen könnte. Eine solche Annahme wäre jedoch ein Irrtum. So schreibt der Lateinamerikaforscher an der Harvard University Jorge Dominguez in einem Überblick über freigegebene Regierungsdokumente zum Terrorkrieg gegen Kuba, „nur ein einziges Mal in dieser fast tausend Seiten umfassenden Dokumentation“ habe „ein US-Amtsträger etwas geäußert, das einem moralischen Einwand gegen den US-geförderten Terrorismus auch nur ähnlich sah“: Ein Stabsmitglied des Nationalen Sicherheitsrats meinte, die terroristischen Angriffe seien „unüberlegt und töten Unschuldige, was in befreundeten Ländern zu einer schlechten Presse führen könnte.“ Das ist alles. Daher seien sie vielleicht keine so gute Idee. Das ist alles, in tausend Seiten Dokumentation. Der Terrorkrieg ist ein herausragender, wenn nicht *der* herausragende Grund für die Krise, aber in den ExComm-Transkripten, den detaillierten Transkripten der Regierungsberatungen während der Krise, die einige von Ihnen vielleicht gelesen haben, wird er buchstäblich kein einziges Mal erwähnt. Er ist unwichtig. Es ist unser Recht. Unser Recht, Terrorkriege zu führen, die zu fast totaler Zerstörung führen, und die wenigen Leute, die überhaupt davon wissen, sehen keine Notwendigkeit, auch nur darüber nachzudenken.

Achtung vor elementaren moralischen Werten sowie Achtung vor dem Recht hätte der Welt diese Beinah-Begegnung mit der endgültigen Katastrophe erspart – und das war bis heute weder die erste noch die letzte solche Begegnung.

Dieselben Leitprinzipien, das heißt, simple Einhaltung der Gesetze, zeigen uns auch erfolgversprechende Wege zum Umgang mit den Krisen auf, die – ich zitiere wieder den Kommentar zur Umstellung der Weltuntergangsuhr – zu einer „Sicherheitslage in der Welt“ geführt haben, die „so unsicher ist wie nur je seit dem Zweiten Weltkrieg.“ Das ist die jüngste Neueinstellung der Weltuntergangsuhr auf eine Zeit so nah an der endgültigen Katastrophe wie noch nie seit 1953, als erst die USA und dann die UdSSR thermonukleare Waffen zur Explosion brachten. Sehen wir uns also die Fälle an, die in dem Kommentar zur jetzigen Umstellung der Weltuntergangsuhr erwähnt werden.

Der erste ist Nordkorea. Gab es und gibt es eine diplomatische Lösung für die Lage in Nordkorea?

Es gibt eine Möglichkeit, die seit einigen Jahren mit Unterstützung Russlands und hin und wieder auch Nordkoreas selbst von China vorgeschlagen wird und ein doppeltes „Einfrieren“ vorsieht: Nordkorea würde seine Entwicklung von Atomwaffen und Raketen einfrieren und die USA würden dafür ihre bedrohlichen Militärmanöver an der nordkoreanischen Grenze einstellen. Dazu gehören provokative Flüge mit modernsten atomwaffenfähigen Bombern, keine Kleinigkeit für ein Land, das vor gar nicht so langer Zeit durch gnadenlose US-Bombardements dem Erdboden gleichgemacht wurde. Am Ende, als nichts mehr übrig war, das zerstört werden konnte, weil alle Ziele schon erledigt waren, zerstörte die US-Luftwaffe einfach die Staudämme. Darüber gibt es jubelnde Kommentare in offiziellen Dokumenten wie dem *Air Force Quarterly*, obwohl es, falls das jemanden interessiert, ein Verbrechen war, für das Kriegsverbrecher der Nazis in Nürnberg gehängt wurden.

Ein doppeltes Einfrieren hätte den Weg zu weiteren Verhandlungen ebnen können, die vielleicht zu einem Ergebnis geführt hätten, das 2005 schon einmal erreicht war. Wir sollten uns erinnern, worin dieses Ergebnis bestand, da die Presse die Ereignisse von 2005 grob verzerrt hat. Damals willigte die Bush-Administration unter internationalem Druck ein, sich an den Sechs-Mächte-Verhandlungen zu beteiligen, und es gab beträchtliche Erfolge. Nordkorea willigte ein, und ich zitiere das Abkommen, „sämtliche Atomwaffen und bestehenden Waffenprogramme“ aufzugeben und internationale Inspektionen zuzulassen. Lassen Sie mich das wiederholen, weil einem dazu, wann immer man eine Zeitung öffnet, Lügen entgegenschlagen. Nordkorea willigte ein, und ich zitiere, „sämtliche Atomwaffen und bestehenden Waffenprogramme“ aufzugeben und internationale Inspektionen zuzulassen. Im Gegenzug sollten die USA einen Leichtwasserreaktor für medizinische Zwecke liefern, ein Nichtangriffsversprechen abgeben und einem Abkommen beitreten, nach dem beide Seiten – ich zitiere – „die jeweilige Souveränität der anderen achten, friedlich koexistieren und Schritte zur Normalisierung der Beziehungen unternehmen“ würden. Das war 2005. Was geschah also?

Die Bush-Administration riss das Abkommen sofort in Fetzen. Sie wiederholte ihre Androhung von Gewalt, for nordkoreanische Guthaben in Auslandsbanken ein und löste das Konsortium auf, das Nordkorea den Leichtwasserreaktor liefern sollte. Bruce Cumings, der führende US-Koreawissenschaftler, schreibt, die Sanktionen seien „speziell darauf angelegt, die Vereinbarungen vom September zunichte zu machen und eine Annäherung zwischen Washington und Pjöngjang zu verhindern.“ Das war 2005 und ich werde nicht weiter über die gängige Presseberichterstattung sprechen. Schlagen Sie einfach eine Zeitung auf und Sie werden es sehen: das genaue Gegenteil von dem, was passierte.

Dieser Weg hätte schon seit etlichen Jahren verfolgt werden können und jetzt gibt es, wie wir wissen, sogar noch bessere Optionen.

So unterzeichneten vor einigen Wochen, am 27. April, Nord- und Südkorea ein historisches Dokument, die „Panmunjom-Erklärung für Frieden, Prosperität und die Vereinigung der koreanischen Halbinsel.“ Der Wortlaut dieses Dokuments sollte sorgfältig studiert und gelesen werden. In der Erklärung bekräftigen die beiden Parteien „das Prinzip, das Schicksal der koreanischen Nation nach eigenem Gutdünken zu bestimmen.“ „Nach eigenem Gutdünken“ – das sind wichtige Worte. Die Parteien erklärten ferner ihre Absicht, „sämtliche feindseligen Handlungen gegeneinander in allen Bereichen vollständig einzustellen, [...] aktiv zusammenzuarbeiten, um ein dauerhaftes und stabiles Friedensregime auf der koreanischen Halbinsel zu etablieren, [...] stufenweise eine Abrüstung durchzuführen“, um das „gemeinsame Ziel der Realisierung einer atomwaffenfreien koreanischen Halbinsel durch die vollständige Abschaffung von Atomwaffen“ zu erreichen und „die positive Hinwendung zu einer beständigen Verbesserung der innerkoreanischen Beziehungen sowie zu Frieden, Prosperität und der Vereinigung der koreanischen Halbinsel zu stärken.“ Sie einigten sich ferner, „aktiv die Unterstützung und Kooperation der internationalen Gemeinschaft“ – das heißt, der USA – „bei der Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel zu suchen.“

Wie der Korea-Spezialist Chung-in Mung in *Foreign Affairs* ausführt, gingen die beiden Koreas außerdem nicht lediglich abstrakte Verpflichtungen ein. Sie legten außerdem spezifische Zeitpläne zu ihrer Umsetzung fest und unternahmen konkrete Schritte, die unmittelbare Auswirkungen auf die Erleichterung der Kooperation und die Verhütung von Konflikten haben würden, seinen Worten zufolge „eine neue und sehr bedeutsame Entwicklung.“ Es hat auch zuvor schon Abkommen gegeben, aber noch nie welche, die so spezifisch waren.

Nochmal, es ist wichtig, die Worte der Erklärung sorgfältig zu lesen. Ihre Bedeutung ist klar. Die USA sollen sich heraushalten und den beiden Koreas erlauben, Frieden, Abrüstung, Wiedervereinigung und vollständige Denuklearisierung zu erreichen. Wir sollen die Bitte der beiden Teile der koreanischen Nation um Unterstützung und Kooperation bei diesem Vorhaben akzeptieren, damit sie das Schicksal des Landes „nach eigenem Gutdünken“ bestimmen können – das sind entscheidende Worte der Erklärung.

Einfacher ausgedrückt ist die Erklärung ein höflicher Brief, der besagt: „Lieber Herr Trump, rufen Sie sich zum Sieger aus, wenn Sie sich vor der Welt brüsten wollen, aber ansonsten

verschwinden Sie bitte und lassen Sie uns Schritte zum Frieden, zur Abrüstung und zur Wiedervereinigung machen, ohne uns dabei zu stören.“

Die Bitte könnte kaum klarer formuliert werden, aber die Interpretation hierzulande sieht ganz anders aus, und das verdient ebenfalls einige Aufmerksamkeit. Die allgemeine Reaktion in den USA wurde recht gut von Mark Landler von der *New York Times* wiedergegeben, der erklärte, die Deklaration stelle eine Komplikation für die Strategie Washingtons dar. „Es wird schwierig für Mr. Trump werden, mit Militäraktionen gegen ein Land zu drohen, das die Friedensfahne schwenkt.“ Und das stimmt. Es ist ziemlich schwierig, mit einem militärischen Vorgehen zu drohen (und wir erinnern uns daran, dass die Androhung von Gewalt ein verbrecherischer Akt ist), wenn das betroffene Land ein Friedensangebot macht. Das stellt uns hier wirklich vor einige Probleme.

Es gibt also ganz klar friedliche Mittel, um eine der größten Gefahren abzuwehren, die die Welt derzeit so nah wie nie seit dem Zweiten Weltkrieg, dem Beginn des Atomzeitalters, an den Rand der endgültigen Katastrophe bringen. Und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger kann für die Realisierung der sich jetzt tatsächlich eröffnenden Aussichten auf Frieden in Nordostasien wichtig und vielleicht sogar entscheidend sein. Dasselbe gilt für Bemühungen, dafür zu sorgen, dass Washington nicht ein weiteres Mal die Aussichten auf Frieden in Nordostasien untergräbt. Ich unterstreiche das erneut, weil es ja nicht das erste Mal wäre.

Es sollte auch darauf hingewiesen werden, dass US-Analysten immer klar und offen über den wahren Charakter der Bedrohung durch Nordkorea gesprochen haben. So schreibt der außenpolitische Kommentator der *New York Times* Max Fisher, Nordkorea habe „erreicht, was noch keinem Land gelungen ist, seit China vor einem halben Jahrhundert sein eigenes Atomwaffenprogramm entwickelt hat: eine nukleare Abschreckung gegen die Vereinigten Staaten.“ Es habe das erreicht und Trumps Drohungen und Sanktionen hätten zu keiner „Verzögerung oder Revidierung dieser Erfolge“ geführt. Selbstverständlich müssen wir da etwas tun, um zu verhindern, dass irgendwer über eine Abschreckung gegen unseren Rückgriff auf Zwang und Gewalt verfügt. Das ist ein fundamentales Prinzip der US-Außenpolitik.

Wenden wir uns nun dem Iran zu, der ein ähnliches Problem wie Nordkorea darstellt. Unter den Spezialisten quer übers politische Spektrum würde kaum jemand dem Schluss des angesehenen und durchaus konservativen International Institute of Strategic Studies (IISS) von 2010 widersprechen, als immer noch ein gewisser Verdacht bestand, der Iran entwickle womöglich Atomwaffen. Dem IISS zufolge waren „das Atomprogramm des Iran und sein Bestehen daraus, sich die Option einer Entwicklung von Nuklearwaffen offen zu halten, zentraler Teil seiner Abschreckungsstrategie.“ Die US-Nachrichtendienste sahen das ebenso und haben dem Kongress regelmäßig berichtet, die iranische „Bedrohung“ sei Teil der Abschreckungsstrategie des Landes.

Für die beiden Schurkenstaaten, die regelmäßig in der Region wüten, ist es natürlich nicht hinnehmbar, dass irgendjemand über eine Abschreckung verfügt.

Es wird viel über die möglichen Verletzungen des JCPOA gesprochen, obwohl die Internationale Atomenergiebehörde IAEA dem Iran wiederholt dessen Einhaltung bescheinigt hat. Es ist jedoch praktisch nie die Rede von der Tatsache, dass die USA das Abkommen von Anfang an verletzt haben und dies auch weiter tun würden. Entgegen dem Abkommen haben die USA beständig versucht, die Reintegration des Iran in die Weltwirtschaft, besonders in die globalen Finanzsysteme (die sich genau hier in New York befinden) zu verhindern und, ich zitiere das Abkommen, „die Normalisierung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zum Iran“ zu untergraben. All das verstößt ganz klar gegen das JCPOA, wird aber, unter der allgemein gemachten stillschweigenden Voraussetzung, die „unentbehrliche Nation“ stehe über dem Gesetz, ignoriert.

Trumps kürzlicher Beschluss, sich effektiv aus dem Abkommen zurückzuziehen, war natürlich zu erwarten und ist keine Überraschung. Im Gegensatz zu dem, was oft gesagt wird, ist Trump in hohem Maß vorhersehbar. Er wird immer als unberechenbar beschrieben, aber das stimmt gar nicht. Tatsächlich kann man sehr genau vorhersagen, was er tun wird, indem man sich sein Leitprinzip klar macht, das im Übrigen sehr einfach ist: Ich, ich, ich (Ausrufezeichen). Und es gibt noch eine Ergänzung, nämlich: Wenn irgendetwas von dem „schwarzen Dämon“, oder vielleicht Antichrist, der Trump vorher ging, getan wurde, macht dieser das Gegenteil. Wenn man sich die politischen Entscheidungen der letzten Jahre ansieht, sagen diese Leitlinien praktisch genau vorher, was kommt, und dabei ist es egal, was die Konsequenzen sind. Diese sind letztlich unwichtig, und so wie es nicht sein Problem ist, wenn Trump die Debatte um den Klimawandel zerstört, könnte auch hier die Folge sein, dass die Hardliner im Iran zu den Atomprogrammen zurückkehren, die sie fallengelassen hatten, was Bolton, Netanjahu und den ganzen anderen die Möglichkeit eröffnen würde, ihr offen proklamiertes Ziel einer direkten Aggression zu verwirklichen, mit Konsequenzen, die fürchterlich bis unvorstellbar wären.

Gibt es hier friedliche Optionen? In diesem Fall stellt sich die Frage nicht einmal. Die USA könnten sich dem Rest der Welt anschließen, könnten zulassen, dass das JCPOA umgesetzt wird, und könnten vielleicht sogar mit ihren eigenen gravierenden Verstößen gegen das Abkommen aufhören.

Aber tatsächlich gibt es noch viel bessere Möglichkeiten. Hier stimme ich ausnahmsweise einmal mit Präsident Trump überein. Er spricht permanent von Möglichkeiten zur Verbesserung des Abkommens und es gibt solche Möglichkeiten, sehr interessante Möglichkeiten. Und da die offensichtlichsten und konstruktivsten davon aus irgendeinem seltsamen Grund nie erwähnt werden, möchte ich das hier tun. Das Abkommen könnte um die Schaffung einer Atomwaffenfreien Zone im Nahen Osten erweitert werden. Die Ausweitung solcher Zonen ist schon an sich wichtig, um die aktuelle Gefahr zu mindern, hat aber außerdem auch eine symbolische Bedeutung von nicht geringem Wert, einfach als Ausdruck der weltweiten Entschlossenheit, die Welt von diesen monströsen Vorrichtungen zu befreien. In der krisengebeutelten Region des Nahen Ostens wäre das besonders wichtig.

Ich werde darauf gleich zurückkommen, aber wir sollten auch daran denken, dass solche positiven Schritte zur Reduktion der Bedrohung durch Atomwaffen bereits versucht wurden, aber durch die Weigerung eines ganz bestimmten Landes, die Schaffung solcher Zonen

zuzulassen, behindert wurden. So gibt es eine Atomwaffenfreie Zone in Afrika, aber sie kann nicht in Kraft treten. Sie wird durch die Entwicklung von Atomanlagen in Diego Garcia von Seiten Washingtons verhindert (das den Stützpunkt außerdem regelmäßig für die Bombardierung Zentralasiens nutzt). Das galt besonders unter Obama, der die Basis rasch ausbaute, so dass nun Atom-U-Boote und die nukleare Vormachtstellung dazugehören. Es gibt eine Atomwaffenfreie Zone im Pazifik, die in Kraft treten könnte, es aber nicht kann, weil die USA darauf bestehen, dass ihre Militärbasen dort mit Atomwaffen gerüstet sein müssen. Hier gibt es für uns also noch mehr Arbeit. Machen wir es öffentlich, werden wir aktiv.

Um auf den Nahen Osten zurückzukommen, würden hier ernsthafte Schritte zu einer Atomwaffenfreien Zone jeder nuklearen Bedrohung, die der Iran angeblich darstellt, ein Ende machen. Dabei ist es unnötig, die Zustimmung des Iran einzuholen. Der Iran steht seit langem, besonders als Sprecher der G 77, der blockfreien Länder also, in der vordersten Reihe jener, die seit Jahren energisch für diesen Schritt eintreten. Was ist mit den arabischen Staaten? Absolut kein Problem, sie haben diesen Schritt schließlich initiiert, angefangen mit Ägypten bereits vor zwanzig Jahren. Das heißt, von ihnen gibt es entschiedene Unterstützung. Die internationale Unterstützung ist überwältigend. Warum wird also nichts umgesetzt? Nun, der Schritt wird regelmäßig alle fünf Jahre bei den Bilanzierungssitzungen der Länder des Atomwaffensperrvertrags zur Sprache gebracht, aber es gibt ein Problem: Die USA legen ihr Veto ein. Und darum geht es nicht voran. Das letzte Veto kam 2015 unter Obama. Und der Grund liegt vollkommen auf der Hand. Wir müssen uns gar nicht die Mühe machen, ihn auszusprechen: Die Atomwaffensysteme Israels dürfen nicht einmal einer Inspektion unterzogen werden, ganz zu schweigen von Schritten zu ihrer Beseitigung. Dafür werden diverse Gründe vorgeschoben, aber sie sind alle indiskutabel und nicht einmal erwähnenswert. Wir verstehen die Gründe und so liegen die Dinge derzeit. Wir können das JCPOA daher nicht auf die naheliegendste Art verbessern.

Es muss noch hinzugefügt werden, dass die USA und Großbritannien eine besondere Verpflichtung haben, sich für die Etablierung einer Atomwaffenfreien Zone im Nahen Osten einzusetzen. Diese beiden Länder haben sich diesem Ziel ganz besonders verpflichtet, nämlich mit einer wichtigen UN-Sicherheitsratsresolution, SNC 687. Dort steht in Artikel 14, dass diejenigen, die die Resolution initiiert und mitbeschlossen haben, also die USA und Großbritannien, sich um die Schaffung einer Atomwaffenfreien Zone bemühen müssen. Diese Verpflichtung hat umso größere Bedeutung, als es genau diese Resolution war, auf die die beiden Regierungen sich beriefen, als sie verzweifelt nach wenigstens irgendeinem rechtlichen Vorwand für die Invasion des Irak 2003 suchten. Nun, das ist ein weiteres Beispiel, das den Wert der Einhaltung des obersten Gesetzes des Landes illustriert – oder auch nur des Hinweises darauf, wie Sie vermutlich herausfinden würden, wenn Sie versuchen würden, jemanden zu finden, der über diese Tatsachen überhaupt spricht.

Ich werde das jetzt nicht weiter verfolgen, aber Fall für Fall demonstriert jede ernsthafte Analyse die Weisheit der Prinzipien der Charta und meines Erachtens auch der Gründerväter, die die Pflicht zur Einhaltung gültiger Verträge in die Verfassung schrieben. Es wird oft argumentiert, das Recht, also auch das internationale Recht, sei ein lebendiges Instrument und daher ändere sich sein Inhalt in Einklang mit der vorherrschenden Praxis. Das würde

natürlich die Praxis der globalen Hegemonialmacht einschließen und wir müssen uns hier nicht mit den Folgen aufhalten, die aus einer solchen Argumentation entstehen. Doch als Bürgerinnen und Bürger sollten wir diese Folgen nicht tolerieren. Und ich muss nicht eigens unterstreichen, dass bei der Bekämpfung solcher Folgerungen sehr viel auf dem Spiel steht, letztlich sogar die Sicherstellung der Zukunft der Menschheit.

Ich danke Ihnen.

ENDE